

## Editorial

Auf die Konkurrenz um Rohstoffe haben jüngst zwei Ereignisse in Afrika ein Schlaglicht geworfen: der Krieg in Libyen und die Unabhängigkeitserklärung des Süd-Sudan. Im ersten Fall haben westliche Mächte, allen voran die beiden klassischen Kolonialmächte in der Region – Frankreich und Großbritannien – mit dem Sanktus der UNO in den sich abzeichnenden Bürgerkrieg interveniert. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass der französische Geheimdienst eine Schlüsselrolle beim Seitenwechsel zentraler Minister der Regierung Ghaddafi auf die Rebellenseite und damit bei der Konfliktentwicklung gespielt hat (vgl. z.B. Mezran 2011: 190). Das UNO-Mandat, das bei Enthaltung u.a. Chinas, Russlands und Deutschlands, zustande gekommen war, legten die Interventionsmächte sehr weit aus. Vom Sturz Ghaddafis war in der UNO-Resolution nicht die Rede, genau dieser war aber das Kriegsziel der Interventionsländer. Mit großer Offenheit legte Alain Juppé, französischer Außenminister, den Stellenwert der UN-Resolution dar: »Es stimmt, dass die UNO-Resolution nicht den Abtritt Muammar al-Ghaddafis vorsieht, aber wir verlangen ihn. Das ist die europäische Position, jene der Kontaktgruppe (...), der großen Mehrheit der internationalen Gemeinschaft.« (zit. nach Afrique Asie 2011: 13) Die Rebellen stellten den westlichen Ländern nach ihrem Sieg Vorzugsbehandlung in Aussicht.

Auch die Sezession des Süd-Sudans erfreute sich westlicher Sympathie. Im Kern ging es auch hier um Ölinteressen. Im Sudan hatte China einen substantziellen Anteil am Ölgeschäft gewonnen, was den westlichen Mächten wenig gefiel. Hinzu kommt hier die Frage der Kontrolle des Nil-Wassers. Die Sezession wurde diskret seitens der USA unterstützt (vgl. Lebeaud 2011). Die Unterstützung der Sezession des Süd-Sudans wurde vielfach mit »humanitären« Motiven begründet. Vorausgegangen war einem Waffenstillstandabkommen, dem Unabhängigkeitsreferendum und der Unabhängigkeit im Juli 2011 ein lang andauernder Bürgerkrieg. Aufgrund der Ölvorkommen erhielt dieser zusätzliche Virulenz.

Die direkte, »humanitär« ummanteelte Militärintervention in ölreichen Ländern, meist mit einer besonderen Protagonistenrolle der USA und Großbritanniens, im Falle Libyens allerdings mit besonderer französischer Initiative, zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahrzehnte. Ökonomische Konkurrenz um Rohstoffe schlägt im wieder in militärische Konkurrenz um. Als großen neuen Konkurrenten machen die westlichen Länder hierbei China aus. Die chinesische Außenpolitik zeichnet sich zwar durch eine intensive Handelspolitik, allerdings bislang nicht durch eine akzentuierte militärische Interventionspolitik aus. Die aufstrebenden Mächte der Semi-Peripherie stehen dem westlichen Interventionismus ablehnend gegenüber, verhalten sich in der UNO, wie das Abstimmungsverhalten Chinas im Fall Libyens gezeigt hat, allerdings nicht immer konsequent.

Außer in Verbindung mit militärischen Konflikten haben Rohstoff-Fragen in den letzten Monaten durch die instabile Preisentwicklung bei Rohstoffen, speziell den wiederholten sehr starken Preisanstiegen, große öffentliche Aufmerksamkeit gefunden. In verschiedenen Ländern des globalen Südens haben rasch steigende Nahrungsmittelpreise die Armen besonders hart getroffen und soziale Proteste ausgelöst. Bei der Interpretation der Preisentwicklung sind grundsätzlich zwei Tendenzen in Rechnung zu stellen: die nach wie vor äußerst rohstoffintensiven Produktions- und Konsummuster in den Zentrumsökonomien, zu deren Rohstoffbedarf einige große semi-periphere Ökonomien zunehmend in Konkurrenz treten, sowie die zunehmende Rolle von Finanzakteuren im Rohstoffgeschäft. Gerade angesichts der großen Krise und der damit verbundenen Unsicherheit scheint für FinanzanlegerInnen die Anlage in Finanzaktiva, die eine reale Basis in Rohstoffen haben, attraktiv. Bei der Gewichtung der Gründe für die Preisentwicklung gehen die Interpretationen weit auseinander, wie Ilona Švihlíková in ihrem Beitrag aufzeigt. Der IWF negiert eine maßgebliche Rolle der Rohstoffspekulation bei der Preisentwicklung, während beispielsweise die UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) spekulative Faktoren bei der Preisentwicklung aufzeigte.

Dennoch wird der Zusammenhang von spekulativen Faktoren und Lebensmittelpreiserhöhungen auch von zahlreichen ÖkonomInnen angezweifelt. Der Betrag von Josef Falkinger diskutiert und dekonstruiert in diesem Zusammenhang die Argumentation von Nobelpreisträger Paul Krugman. Dieser machte vor allem Ernteausfälle und daraus folgenden Lebensmittelknappheiten für das Steigen der Preise verantwortlich. Wie eingangs erwähnt, vergrößern Zeiten ökonomischer Unsicherheit, wie die derzeitige internationale Rezession, Instabilitäten auf Rohstoffmärkten. Während im Bereich der Lebensmittelspekulationen die Effekte die Bevölkerung – besonders in den Ländern des globalen Südens – unmittelbar treffen, so sind diese Effekte im Bereich von Gold- und Silberspekulationen nur mittelbar für die Bevölkerung spürbar. Die steigende physische Goldhaltung von Haushalten zeigt die wachsende Unsicherheit im herrschenden Finanzsystem, nicht aber einen unmittelbar spekulativen Effekt. Elisabeth Springler verweist auf die Motive der Goldhaltung und zeigt deren Änderung im historischen Kontext. Der spekulative Gedanke ist in diesem Fall auf der Ebene der Bedeutung von Gold für die internationale Finanzarchitektur zu finden. Der steigende Goldpreis in Kombination mit steigenden Volatilitäten zeigt die Tiefe der Krise und den durch wachsende Globalisierung eröffneten Kampf um eine hegemoniale Vormachtstellung.

Die Rolle der EU ist dabei vielfältig: Niek Koning macht deutlich, dass zur Analyse steigender Lebensmittelpreise der Fokus nicht alleine auf den Spekulationsgedanken gelegt werden kann; vielmehr sei es notwendig die Rahmenbedingungen zu betrachten, die diese Entwicklungen möglich gemacht haben. Er argumentiert, dass merkantilistische Handelspolitiken auch durch die Umverteilungsbestrebungen von Agrareinkommen von Seiten progressiver Politiker indirekt gefördert wurden. Traditionelle Formen der Preisstabilisierung am Agrarmarkt wurden durch moderne Förder- und Besicherungstechniken ersetzt, welche wiederum die Finanziarisierung steigerten. Doch die EU förderte die Finanziarisierung im Rohstoffbereich nicht nur bei Agrarprodukten, sondern auch in anderen Sektoren. So privilegiert sie beispielsweise im Gasgeschäft kurzfristige Spotgeschäfte statt langfristiger Lieferabkommen, die mehr Stabilität versprechen würden. Auch in der Umweltpolitik ist allgemein

bei den westlichen Regierungen eine Tendenz zu Gunsten von Lösungen auszumachen, die über Finanzinstrumente, beispielsweise handelbare Verschmutzungsrechte, laufen (vgl. Smith 2006). Die Naturnutzung wird somit auf verschiedenste Art und Weise Finanzialisierungstendenzen unterworfen.

Diesen Tendenzen wäre entgegenzuwirken. In ihrem Beitrag schlägt Maria Maltchnig ein Vorgehen in zwei Schritten vor. Zunächst muss es gelten, den Rohstoffhandel transparenter zu gestalten, um einen Überblick über Volumina und Fundamentaldaten zu erhalten. Dieses Wissen fehlt derzeit. Danach sollte in einem zweiten Schritt eine direkte Regulierung erfolgen.

Aus ökologischen Gründe sind allerdings – über die Spekulations- und Finanzialisierungsfragen hinaus – grundlegende Veränderungen der Produktions- und Konsumtionsweisen erforderlich. Dies gilt insbesondere für die Gesellschaften des globalen Nordens, deren Ökonomien sich durch eine besonders hohe Rohstoffnutzung, nicht zuletzt im Energiebereich, auszeichnen. Die große Wirtschaftskrise ist in den Industrieländern des Nordens trotz der immer deutlich erkennbareren ökologischen Grenzen des überkommenen kapitalistischen Produktionsmodells nicht zu Schritten in Richtung auf eine ökologisch verträglichere Produktion genutzt worden. Im Gegenteil: Die ökologisch besonders problematische Automobilindustrie hat in der Krise eine besondere Förderung erhalten. Im Vergleich zur EU oder den USA sind durch die chinesische Regierung in ihrem Konjunkturprogramm stärker »grüne« Akzente gesetzt worden. In Deutschland hat der schwere Atomunfall von Fukushima zumindest zum Beschluss eines Ausstiegs aus der Atomindustrie geführt. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis des langen Atems der Anti-Atom-Bewegung in Deutschland. Auch in einzelnen anderen Ländern ist eine Verschiebung der atom- und energiepolitischen Diskussion festzustellen. Dies zeigt aber – trotz intensiver Alternativdebatten – (noch) keine grundsätzliche Abkehr von der sehr rohstoffintensiven Produktions- und Konsumweise der Länder des globalen Nordens an.

Im zweiten Teil des Schwerpunktes geht es um die Wirkungen der Rohstofforientierung auf Länder des globalen Südens. Joachim Becker und Koen Smet vergleichen den Rohstoffhandel Chinas und Indiens mit Afrika und Lateinamerika. Hierbei arbeiten sie eine deutlich stärkere Protagonistenrolle Chinas, dessen Industrialisierungsprozess sehr viel weiter als die indische Industrialisierung vorangeschritten ist, heraus. In beiden Fällen ist das Rohstoffgeschäft mit Afrika besonders wichtig, auch eine Konzentration auf relativ wenige Länder Afrikas und Lateinamerikas, die dann auch erhebliche Exportüberschüsse erzielen können, ist erkennbar. Diesen Ländern eröffnet der verstärkte Handel mit China und – in geringerem Maße Indien – größere Verhandlungsspielräume. Gleichzeitig ist das entstehende Handelsmuster – afrikanische und lateinamerikanische Rohstoffe gegen chinesische (und indische) Industriewaren – als problematisch anzusehen.

Eine extraktions-basierte Ökonomie sei für Peripherieländer immer noch besser als eine finanziarisierte Ökonomie lautet die Schlussfolgerung von Johannes Jäger und Bernhard Leubolt aus ihrer vergleichenden Analyse Chiles, Brasiliens und Venezuelas. Bei weitgehend privater Aneignung der Rohstoffrente fließen allerdings durch Kapitalflucht und Luxuskonsum wieder ins Ausland ab. Bei einer stärker staatlich dominierten Aneignung der Rohstoffrente entstünden größere Spielräume für die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dies könne auch Industrialisierungsanstrengun-

gen zu Gute kommen. Diese würden allerdings oftmals durch Währungsaufwertungen, die eng mit dem Rohstoffexportsektor zusammenhängen, konterkariert.

Eduardo Gudynas, ein profiliertes Kritiker des progressiven Neo-Extraktivismus in Südamerika, verweist darauf, dass die lateinamerikanische Linke in der Vergangenheit die einseitige Rohstofforientierung scharf kritisierte, diese nun aber zu einer zentralen Grundlage ihres Wirtschafts- und Politikmodells geworden ist. Denn die Rohstoffeinnahmen sind für Politiken der Sozialtransfers die zentrale Grundlage. In der systematischen staatlichen Abschöpfung von Rohstoffrenten, eine aktive staatliche Politik und einen systematischen Ausbau von Sozialtransfers sieht Gudynas die zentrale Neuerung eines extraktivistischen Modells. Kontinuitäten sieht er in der starken Weltmarkteinbindung und strategischen Orientierung auf den Rohstoffsektor. Hierdurch würden einerseits die wirtschaftliche Diversifizierung und der Abbau der grundlegenden sozialen Ungleichheiten nicht angegangen, andererseits seien die ökologischen Konsequenzen äußerst gravierend. Die mit den Umweltzerstörungen verbundenen Konflikte hätten auch unter den progressiven Regierungen oftmals eine große Schärfe. Im Kontext der Grenzen des neo-extraktivistischen Modells und der mit ihm verbundenen Konflikte sei in Südamerika dann auch eine Diskussion über mögliche Alternativen – unter dem Leitgedanken des »Buen Vivir«, des »guten Lebens« entstanden. Sollten die Rohstoffblasen zusammenbrechen und sich die Krise in den Zentrumsökonomien weiter verschärfen, scheint es denkbar, dass dies die progressiven Regierungen in Südamerika zu einer Abkehr von der starken Orientierung auf den Rohstoffexport und eine stärkere Binnenorientierung zwingen könnte. Stärker binnenorientierte Modelle böten größere Chancen für eine sozial weniger ungleiche Entwicklung. Fraglicher scheint hingegen, ob damit auch eine Hinwendung zu ökologisch tragfähigeren Produktions- und Konsummustern verbunden wäre. Auffällig ist, dass Alternativkonzeptionen, wie das »Buen Vivir«, in den stärker bäuerlich und indigen geprägten Gesellschaften des andinen Raums als im Cono Sur oder Brasilien eine Rolle spielen.

*Joachim Becker, Elisabeth Springler*

## Literatur

- Afrique Asie (2011) La recolonisation de la Libye. In: *afrique asie*, Juli-August, 13.  
 Lebeaud, Philippe (2011) Une indépendance sous haute pression. In: *afrique-asie*, September, 36-39.  
 Mezran, Karim (2011) Come l'Italia ha perso la Libia: il gioco della Francia e il fallito golpe anti-Ghedaffi. In: *Limes*, Nr. 2, 187-193.  
 Smith, Neil (2006) Nature as Accumulation Strategy. In: Panitch, Leo/ Leys, Colin (Hg.) *Socialist Register 2007: Coming to Terms with Nature*. London u. a. O., 16-36.